

Die Trump-Wahl:

Ein Ausdruck zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche

Christoph Hermann

Einleitung

Die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA war in vielerlei Hinsicht ein markanter Einschnitt. Für viele kam sie überraschend, den Verfasser dieser Zeilen eingeschlossen. Die liberalen Medien, angefangen von der New York Times über die Washington Post bis zum Fernsehsender CNN hatten seit Monaten eine Wahlkampf Bombe nach der anderen platzen lassen (die letzten 10 Jahre keine Einkommenssteuer bezahlt; Frauen begripscht und dann noch darüber geprallt; Militärhelden verspottet etc.) und verkündet, dass eine Wahl Trumps praktisch unmöglich wäre. Dazu haben die meisten Umfragen einen Sieg von Hillary Clinton vorausgesagt, wenn auch der Abstand zu Trump periodisch zu- und abnahm. Ich habe während des gesamten Wahlkampfes keine einzige Person getroffen, die sich offen zu Trump bekannt hat. Allerdings lebe ich in der Bay Area in Kalifornien, eine der liberalsten und progressivsten Regionen der USA (mit vielen Bernie Sanders-UnterstützerInnen).

Entsprechend groß war der Schock nach der Wahl. Die Universität von Kalifornien Berkeley richtete unverzüglich einen Notdienst für die psychologische und rechtliche Beratung von Studierenden ein (von denen einige keine Aufenthaltsgenehmigung haben oder deren Eltern von einer möglichen Abschiebung betroffen sein könnten). Andere machten ihrem Unmut Luft, indem sie an den zahlreichen Protesten und Demonstrationen teilnahmen – inklusive der High-School-SchülerInnen in Berkeley, die am Tag nach der Wahl ihre Klassen verließen und durch den Campus der Universität marschierten.

Meine eigenen Erfahrungen sind aber nur ein Beleg für den Umstand, dass es in den heutigen USA extrem unterschiedliche Welten gibt. Während im Nordosten, dem sogenannten *Rust Belt*, wo die WählerInnen Trump zum Präsidenten machten, die Menschen unter einem Mangel an halbwegs gut bezahlten Jobs und einer desolaten Infrastruktur leiden, ächzen die Bewohner in Städten wie San Francisco unter steigenden Preisen und einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum für BewohnerInnen, die nicht zur High-Tech Elite gehören. Dazu kommt noch die Lage der vielen EinwanderInnen, die überall ausgebeutet werden, die aber noch hoffen dürfen, dass es zumindest ihren Kindern einmal besser geht (während die Zukunft der weißen und schwarzen Unterschichten eher düster aussieht). Freilich sollten diese Gegensätze nicht überraschen. Sie sind die logische Konsequenz eines großteils deregulierten Kapitalismus mit einem, den Verteidigungssektor ausgenommenen, vergleichsweise geringen öffentlichen Sektor.

Die Wahl

Um die Wahl von Trump zu verstehen, muss man auch die Eigenarten des amerikanischen Präsidentschaftswahlsystems in Betracht ziehen. Es gibt zwei Parteien, die sich die Wahl untereinander ausmachen; die jeweiligen KandidatInnen werden in einem monate-

langen Vorwahlkampf von Parteimitgliedern gekürt (im Fall der Demokraten auch von einflussreichen Parteigranden, so genannten *super delegates*);¹ die Vorwahlen in den Bundesstaaten verlaufen nach einem bestimmten Zeitplan, der sich über mehrere Monate hinzieht und dadurch unvorhersehbare Dynamiken erzeugen kann. In diesem Prozess wurde Clinton für die Demokraten und Trump für die Republikaner auserkoren – sie als Kandidatin des Parteiestablishments, er als Außenseiter, der mit seinen politisch unkorrekten Sägern bei den Parteimitgliedern besser ankam als seine Mitbewerber. Sowohl Clinton als auch Trump hatten als KandidatInnen historisch einmalige Negativwerte bei Umfragen. Für die Wahl selbst war entscheidend, dass nicht der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewinnt (das war Clinton), sondern die Mehrheit der Staaten beziehungsweise der damit vergebenen Delegierten ausschlaggebend ist. Historisch gesehen geht die Einführung des Delegiertensystems nicht zuletzt darauf zurück, den politischen Einfluss der Südstaaten zu gewährleisten, wo weniger Stimmen abgegeben wurden (weil bis in die 1960er-Jahre AfroamerikanerInnen von den Wahlen ausgeschlossen waren).

Bemerkenswert ist außerdem, dass mehr als 40% der AmerikanerInnen gar nicht zur Wahl gehen oder von der Wahl ausgeschlossen sind. Um wählen zu können, muss man sich vorher in die Wählererevidenz eintragen lassen und bei der Wahl ausweisen können. Die Kriterien dafür sind von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich und vor allem in konservativen Staaten führen strenge Vorschriften dazu, dass insbesondere AfroamerikanerInnen Probleme haben, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Dazu kommen noch Millionen Schwarze, die in den Gefängnissen sitzen und deshalb nicht wählen dürfen. Das bedeutet, dass nur etwa jeder Vierte (im wahlberechtigten Alter) tatsächlich Trump gewählt hat.

Von jenen, die ihn gewählt haben, sagen Umfragen, die am Wahltag gemacht wurden, dass es sich hauptsächlich um weiße Amerikaner handelte – darunter allerdings entgegen den Erwartungen auch viele Frauen. Tatsächlich war es auch nicht nur die ungebildete Unterschicht, die für Trumps Botschaften empfänglich war, wie es die liberalen Medien vorausgesagt hatten (ähnlich der Darstellung von FPÖ-WählerInnen in Österreich). Auf der anderen Seite hat es Clinton nicht geschafft, im selben Ausmaß wie Obama AfroamerikanerInnen und Hispanics zur Wahl zu mobilisieren. Wie erwartet, triumphierte Clinton an der Westküste (in Kalifornien erhielt sie mehr als 60% der Stimmen) und an der nördlichen Ostküste bis einschließlich Virginia, während der Rest der Bundesstaaten mit wenigen Ausnahmen an Trump ging. Bis zu einem gewissen Grad, handelt es sich bei der Wahl von Trump tatsächlich um eine Revanche des weißen Amerikas für den Umstand, dass es acht Jahre lang von einem schwarzen Präsidenten regiert wurde. Allerdings haben viele Weiße, die Trump wählten, beim letzten Mal für Obama gestimmt.

Analyse

Für die Wahl von Trump gibt es viele Gründe. Meines Erachtens ist sie vor allem ein Ausdruck zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche und damit verbundener Krisen. Drei Krisen erscheinen mir besonders bedeutend: Erstens ist die Wahl von Trump Ausdruck einer Legitimitätskrise des Neoliberalismus bzw. der neoliberalen Globalisierung. Die Legitimitätskrise begründet sich darin, dass ein winzig kleiner Teil der Bevölkerung in den letzten vier Jahrzehnten vom neoliberalen Wirtschaftssystem profitiert hat, während es für die große Mehrheit – die sogenannten 99% – schwieriger geworden ist, den Lebensstandard zu halten oder einfach nur zu überleben.² Während Clinton für einen

Fortbestand dieses Systems mit ein paar kosmetischen Veränderungen stand (ihr Ehemann Bill war als Präsident in den 90er-Jahren maßgeblich an der neoliberalen Umgestaltung der USA beteiligt), wettete Trump gegen die Folgen des Freihandels und gegen die damit verbundene Deindustrialisierung. Letzteres betraf nicht zuletzt den Rust Belt, wo er die Wahlen letztendlich gewonnen hat. Trump kündigte unter anderem an, TTIP nicht zu unterschreiben und das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA neu zu verhandeln.

Die Hinwendung zum Nationalismus (*Make America Great Again*) und das Spiel mit rassistischen Vorurteilen – vor allem gegen undokumentierte EinwanderInnen aus Mexiko (*build the wall*) ist ebenfalls Ausdruck dieser Krise, weil dadurch die wirklichen Probleme und vor allem die Kluft zwischen Reich und Arm, verdrängt werden. Noch klarer kam die Legitimitätskrise des Neoliberalismus in der unerwarteten Unterstützung für Bernie Sanders zum Ausdruck, der vor allem unter jüngeren Wählern eine Welle der Euphorie loslöste, von den Granden der Demokratischen Partei und vom Clinton-Lager aber sehr effektiv verhindert wurde. Das heißt nicht, dass der Neoliberalismus an sich in der Krise wäre und es heißt schon gar nicht, dass Trump seine Versprechen wahr machen wird – im Gegenteil (siehe unten).

Die Legitimitätskrise des Neoliberalismus ist nicht nur ein amerikanisches Phänomen. Dieselbe Krise spielte auch den BefürworterInnen des BREXIT in die Hände und wird auch bei den kommenden Wahlen in Europa eine Rolle spielen. Im Moment scheint es leider so, als ob die Rechten davon mehr profitieren als die Linken.

Zweitens ist die Wahl von Trump auch Ausdruck der Krise westlicher Demokratien. Wahrscheinlich sind die westlichen Demokratien schon länger in der Krise, aber die Tatsache, dass ein Spitzenkandidat nachweislich und wiederholt lügt und abstruse Gerüchte verbreitet, um seine Gegnerin zu desavouieren (*crooked Hillary*), begründet meines Erachtens eine neue Eskalationsstufe im Krisenprozess. In diesem Zusammenhang müssen auch bisherige politische Standards wie die Annahme, dass PolitikerInnen wie alle anderen BürgerInnen Steuern bezahlen, oder dass sie nicht betrügen und Personen nicht gegen deren Willen körperlich angreifen, hinterfragt werden (das heißt nicht, dass Politiker diese Dinge früher nicht gemacht haben – dabei erwischt zu werden bedeutete aber in der Regel das Ende oder zumindest eine Pause der politischen Karriere). Falls Trump sich zur Wiederwahl stellt, werden seine GegnerInnen mit dem Problem konfrontiert sein, dass er die negativen Folgen seiner Politik einfach leugnen und stattdessen Beweise für seine Erfolge erfinden wird.

Die rasche Beteuerung des demokratischen Establishments, darunter auch Präsident Obama, die Wahl von Trump anzuerkennen, ist meines Erachtens ein Ausdruck der Fragilität des Systems. Der Versuch der grünen Spitzenkandidatin Jill Stein, die Wahl anzufechten, wurde vom Clinton Lager nur halbherzig unterstützt und von Trumps Anwälten erfolgreich blockiert (was Trump nicht davon abhielt, selber zu erklären, dass Clintons Vorsprung bei den abgegebenen Stimmen das Resultat eines Wahlbetruges war).

Gleichzeitig hat die Wahl gezeigt, dass der Umstand, dass die Unwahrheiten von liberalen Medien entlarvt werden, keineswegs bedeutet, dass die WählerInnen ihnen keinen Glauben schenken (oder den WählerInnen ist es einfach egal, wenn ein/e Kandidat/in lügt, weil sie annehmen, dass sowieso alle PolitikerInnen lügen). Die Krise der westlichen Demokratien ist deshalb eng mit der Krise der traditionellen Medien verbunden. Immer mehr Menschen beziehen ihre Informationen von dubiosen Internetseiten, die Gerüchte und Verleugnungen publizieren. Das Internet erscheint in diesem Zusammenhang immer

weniger als ein Medium, das den Zugang zu Informationen erleichtert, als eine Gerüchteküche in der die wildesten Verschwörungstheorien verbreiten werden. Darüber hinaus hat Twitter, als das bevorzugte Kommunikationsmedium des neuen Präsidenten, die Länge von politischen Botschaften oder programmatischen Statements auf 140 Zeichen limitiert. Komplexere Zusammenhänge können auf diese Weise natürlich nicht kommuniziert werden (wobei es Clinton auch tunlichst vermieden hat, den Medien in Pressekonferenzen Rede und Antwort zu stehen). Auf der positiven Seite ist zu vermerken, dass durch die Entmachtung der traditionellen Medien und die Nutzung neuer Technologien der Einfluss des Geldes geschwächt wurde: Interessanterweise gewann dieses Mal nicht der/die Kandidat/in mit den meisten Ressourcen – das war nämlich Clinton.

Drittens ist die Wahl von Trump auch Ausdruck der Krise der liberalen Linken, oder was manchmal der Dritte Weg genannt wird (der in den USA von Bill Clinton eingeführt wurde). Ein linkes Programm, das ein paar liberale Reformen aufweist, mit dem Neoliberalismus aber nicht grundlegend bricht, stellt keine glaubwürdige Alternative zu rechten Politikgehalten dar (die Tatsache, dass die Clintons vor allem mit Wall Street und Silicon Valley Millionären dinieren, ist sicherlich auch nicht hilfreich). Es ist bezeichnend, dass erst die Kür von Trump zum Kandidaten der Republikaner Clinton zu einem Wahlslogan verhalf (*Stronger Together*). Der Fokus auf die Verhinderung von Trump sicherte ihre zwar die Mehrheit der Stimmen, sie reichte aber nicht aus, die Wähler in den sog. *Swing States* zu überzeugen. Diese sympathisierten eher mit Trumps Ankündigung, Amerika wieder stark zu machen. Das sollte den Sozialdemokraten in Österreich und in Europa eine Warnung sein: Wählt uns, weil die anderen, darunter unter Umständen Rechtsradikale, noch schlimmer sind, ist kein überzeugendes Wahlprogramm. Ich selbst dachte, dass die Nominierung eines so ungünstigen Kandidaten wie Trump Clinton zu einem unverhofften Wahlsieg verhelfen wird – weit gefehlt.

In den USA ist die Krise der liberalen Linken naturgemäß auch eine Krise der Demokratischen Partei. Sie hat bei der Wahl ja nicht nur den Präsidenten verloren, sondern auch eine ganze Reihe von Parlamentssitzen (wodurch Trump auf eine Mehrheit im Parlament bauen kann). Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Partei gewillt ist, die Lehren aus der Wahlschlappe zu ziehen und programmatisch nach links zu rücken. Bis auf die Ankündigung, dass der Parteionabhängige Sanders eine wichtigere Rolle in der Partei spielen soll, deuten die ersten Personalentscheidungen eher nicht darauf hin. Vor allem die Ernennung von Chuck Schumer, ein Parteurgestein und kein Freund von Steuererhöhungen, zum Sprecher der Demokraten im Senat ist nicht gerade ein Zeichen der Erneuerung.

Die Krise der liberalen Linken eröffnet aber gleichzeitig eine Chance für die progressive Linke. Die Aussicht, dass ein Kandidat, der sich selber Sozialist nennt und klassische sozialdemokratische Politikinhalte vertritt, Clintons Nominierung gefährden könnte, hätten vor der Wahl wenige Beobachter für möglich gehalten.³ In den USA ist es extrem schwierig, (relevante) linke Parteipolitik außerhalb der demokratischen Partei zu machen. Wie oben angesprochen, hängt deshalb vieles von der Erneuerung der demokratischen Partei ab. Einiges wird auch davon abhängen, wie die amerikanische Gewerkschaftsbewegung auf die neue Situation reagiert und ob sie es schafft, sich zu radikalieren. Bezeichnenderweise hat bei der Wahl eine der größten Gewerkschaften des Landes, die SEIU, Clinton statt Sanders unterstützt.

Daneben wird es – hoffentlich – auch zu einem Aufschwung der sozialen Bewegungen kommen. Erste Anzeichen, darunter mehr als eine Million Menschen, die am Tag nach Trumps Angelobung an den Frauenmärschen in den gesamten USA teilnahmen, deuten

auf neue Welle der Mobilisierung. Vielleicht ermöglicht Trump einen Schulterschluss zwischen Umweltprotesten (wie zuletzt gegen den Bau einer Ölpipeline in Standing Rock, South Dakota), Kampagnen gegen rassistische Übergriffe (vor allem thematisiert von *Black Lives Matter*) und Initiativen zur Verteidigung von Frauen- und LGBT-Rechten. Besonders wichtig werden aber Initiativen zum Schutz von undokumentierten EinwanderInnen sein. Dazu zählt unter anderem die Errichtung oder Fortführung von Zufluchtsstätten, wo undokumentierte EinwanderInnen nicht verfolgt werden (sogenannte *sanctuary cities*).

Aussicht

Die Wall Street hat auf Trumps Wahl mit einem Höhenflug des Aktienindexes reagiert. Die ersten Ernennungen seiner MitarbeiterInnen, darunter eine noch nie dagewesene Zahl von Milliardären, deuten darauf hin, dass Trump die reichen AmerikanerInnen, darunter viele seiner Freunde, noch reicher machen wird. Dabei helfen vor allem die angekündigten Steuersenkungen für die Superreichen. Die Ernennung von ehemaligen Militärs lässt vermuten, dass es zu einer Militarisierung der Grenzen und der inneren Sicherheit kommt. Damit zusammenhängend steht eine weitere Erhöhung der Militärausgaben im Raum, von der vor allem die Verteidigungsindustrie profitieren wird. Auch die Ölindustrie ist prominent im Kabinett vertreten, was auf ein Revival hindeutet – mit dramatischen Folgen für die Umweltpolitik. Die Wall Street bzw. Goldman Sachs stellen den designierten Finanzminister und können sich über eine Rücknahme der von Obama eingeführten Regulierung des Finanzsektors freuen. Auch die Arbeitgeber in den Niedriglohnbranchen dürfen sich freuen: Der neue Arbeitsminister kommt aus der Fast Food Industrie und ist ein ausgesprochener Gegner von Mindestlöhnen.

Ein paar Industrieunternehmen haben angekündigt, Produktionen nun doch nicht nach Mexiko zu verlagern – zum Teil auf Druck der Trump-Administration, zum Teil aufgrund von finanziellen Anreizen (wenn die Gesamteffekte auch marginal sind, fragt man sich doch, warum Obama das nicht gemacht hat). Das transpazifische und das transatlantische Handelsabkommen sind mit der Wahl Trumps wohl vom Tisch, ob Trump aber tatsächlich in bestehende Abkommen eingreifen und Zölle erhöhen wird, ist fraglich. Vielleicht kommt es zur Einführung einiger medienwirksamer Strafzölle für ausgewählte Produkte oder Produzenten, eine nachhaltige Störung der Handelsflüsse mit China und anderen Ländern ist aber nicht wahrscheinlich.

Die größte Unbekannte ist zweifelsohne das angekündigte viele Milliarden Dollar schwere Infrastruktur-Investitionspaket. Investitionen in die vielerorts veralteten Infrastrukturen stehen seit langem auf dem Wunschzettel der Demokraten, wurden aber bisher von der republikanischen Mehrheit im Kongress konsequent abgelehnt. Unter Trump könnten sie Wirklichkeit werden und, falls sie im angekündigten Ausmaß kommen, tatsächlich die Wirtschaft ankurbeln – auch wenn davon vor allem private Bauunternehmer (darunter vermutlich einige von Trumps Geschäftsfreunden) und durch die Verwendung von *Public Private Partnerships* die Finanzwirtschaft profitieren werden.

Insgesamt deutet damit wenig auf einen Bruch mit dem Neoliberalismus hin. Allerdings scheint Trump – wie schon Ronald Reagan in den 1980er Jahren – die neoliberalen Doktrinen weit flexibler auszulegen, als die Hüter der Neoliberalismus in Brüssel und Frankfurt. Dazu gehört unter anderem die Akzeptanz eines gewaltigen Budgetdefizits, das, wenn es die republikanischen Abgeordneten im Parlament zu lassen, einen neuen Rekordwert erreichen wird. Auch in anderer Hinsicht folgt Trump dem Beispiel Reagans:

Wirtschaftspolitischer Pragmatismus wird mit einem ausgesprochenen gesellschaftspolitischen Konservatismus gepaart – dafür wird aber vor allem der zu tiefst reaktionäre Vizepräsident Mike Pence zuständig sein.⁴ Zusammenfassend denke ich, dass bei allem Frust und Ärger über die Wahl von Trump die Legitimationskrise des Neoliberalismus auch neue Möglichkeiten für eine emanzipatorische Linke schafft – und dass die nächsten Jahre in den USA jedenfalls spannend werden.

Anmerkungen

- 1 Die Republikaner haben zwar auch *super delegates*, sie spielen aber eine weit geringe Rolle im Entscheidungsprozess.
- 2 99% war ein Slogan der Occupy Wall Street Bewegung. Tatsächlich haben wohl die obersten 10% von der neoliberalen Wirtschaftsordnung profitiert.
- 3 Wenn auch einiges dafür spricht, dass Sanders die Wahl gegen Trump gewonnen hätte, hätte seine Niederlage die progressive Linke in den USA für viele Jahre diskreditiert.
- 4 Manche Autoren haben Reagans Wirtschaftspolitik als militärischen Keynesianismus beschrieben.